

Presseinformation

Nr.: 07/2016

Datum: 13.10.2016

Oberbürgermeister Patrick Burghardt ist neuer Präsident des Hessischen Städtetages

Der Hessische Städtetag hat Rüsselsheims Oberbürgermeister Patrick Burghardt zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Burghardt tritt damit die Nachfolge des Kasseler Oberbürgermeisters Bertram Hilgen an, der dieses Amt seit Mai 2014 ausübte. "Ich fühle mich geehrt, dass mir der kommunale Spitzenverband sein Vertrauen ausgesprochen hat", erklärt der frisch gebackene Städtetagspräsident. Schon zuvor habe er seit Juli 2012 durch seine Mitgliedschaft im Präsidium des Hessischen Städtetages die Interessen Rüsselsheims am Main noch besser auf übergeordneter politischer Ebene einbringen können. "Der Verband ist ein sehr wirksames Instrument, die Anliegen der hessischen Kommunen gegenüber dem Land nachhaltig zu vertreten. Und ich werde mein Amt gewissenhaft im Interesse der Mitgliedskommunen ausüben", betont Burghardt.

Zum Ersten Vizepräsidenten wurde im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Präsidiums Wiesbadens Oberbürgermeister Sven Gerich, zum Zweiten Vizepräsidenten Bürgermeister Horst Burghardt, Friedrichsdorf, und zum weiteren Vizepräsidenten der Erste Stadtrat Michael Schüßler, Rodgau, gewählt.

Auch der Hauptausschuss hat eine neue Spitze: Vorsitzender ist nun Oberbürgermeister Manfred Wagner, Wetzlar, stellvertretender Vorsitzender Bürgermeister Klaus Hoffmann aus Neu-Anspach.

Dem Hessischen Städtetag gehören kreisfreie und kreisangehörige Städte und Gemeinden des Landes an. Alle fünf kreisfreien Städte sowie alle sieben Sonderstatusstädte sind Mitglieder. "Die Städte und Gemeinden können im Städtetag gemeinsame Themen setzen und die verschiedenen Anliegen der Kommunen bündeln. Deshalb sind fast alle dabei. Zudem können wichtige Trends und gesetzliche Entscheidungen auf Landesebene

richtungweisend beeinflusst werden", sagt Burghardt. Insbesondere bei dem für Kommunen elementaren Thema der Finanzen spiele der Hessische Städtetag eine gewichtige Rolle. Zunehmend habe man auch den Bereich Digitalisierung und eGovernment auf der Agenda, beispielsweise im Kontext des eGovernment-Konzepts der Landesregierung "Digitale Verwaltung Hessen 2020" oder bei der Einrichtung von Bürgerkonten.

"Durch gemeinsame Beratungen kann die Interessenlage der Kommunen bereits im Vorfeld der Gesetzgebung und bei der Einführung wirksam eingebracht werden", führt Burghardt weiter aus.

Der 201. Präsidiumssitzung und der 108. Sitzung des Hauptausschusses des Hessischen Städtetages war die 23. Mitgliederversammlung des kommunalen Spitzenverbandes mit über 200 Delegierten und Gästen vorausgegangen, die diesmal in Hanau stattfand. Der Staatsminister im Bundeskanzleramt Dr. Helge Braun hat zum Thema "Zuwanderung und Integration gemeinsam schultern. Die Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Land und Kommunen" referiert. Das Land Hessen wurde durch Staatsminister Peter Beuth vertreten.

Die nächste Präsidiumssitzung des Hessischen Städtetages findet am 24. November 2016 in Marburg statt.